

## Kommentiert

## Willkommen in Deutschland!

Von Thomas Blum

Dass der Katholik, keinesfalls aber der Muslim »zu Deutschland gehört«, hat erst neulich wieder Herr Kauder von der CDU dem Teil der deutschen Bevölkerung erklärt, der noch immer dem Irrglauben verfallen war, der Herr Özgür von nebenan sei auch ein Bürger dieses Staates. Tja, so kann man sich täuschen.

Bei der Polizei, in der Justiz, in der Politik sind Migranten noch immer stark unterrepräsentiert. Wessen Name für deutsche Ohren sonderbar klingt oder zu viele Konsonanten aufweist, wird oft erst gar nicht zum Bewerbungsgespräch vorgelassen. In deutschen Landesparlamenten sitzen seit Jahren demokratisch gewählte, bekennende Neonazis, halten ihre Hassreden und bohren in der Nase. Der deutsche Innenminister tut indes derzeit sein Bestes, um die europäische Asylpolitik noch ein wenig menschenfeindlicher zu gestalten: Dass der Asylant ersaufen muss, ist zwar recht bedauerlich, aber er hätte ja daheimbleiben und dort sterben können. Es sage aber keiner, es gäbe Rassismus in diesem schönen Land!

Aktionstage gegen Rassismus wie der heutige sind zwar unverzichtbar, wenn es darum geht, die alltäglich Diskriminierten zu unterstützen und um Solidarität mit ihnen zu werben. Doch von der Politik ist außer dem inflationären Gequatsche über »Vielfalt« und »Willkommenskultur« nicht viel zu erwarten; dafür sorgt nicht nur der Herr Kauder, der ganz unzweifelhaft zu Deutschland gehört wie das Rind auf den Bauernhof.

## Boykott und Politik

Von Roland Etzel

Irgendetwas war von Anfang an merkwürdig an dieser Diskussion um einen Politikerboykott gegen ukrainische EM-Stadien. Jetzt, meldet die ARD, seien schon 74 Prozent der Bevölkerung dafür, dass Merkel und Co. die Bösen in Kiew nicht der Ehre ihrer Anwesenheit teilhaftig werden lassen. Das ist mehr als vorige Woche, erfährt man noch – und vergisst darüber fast, was man eigentlich schon zu Anfang fragen wollte: Wer aus dem Volke hat eigentlich gefordert, dass die da alle hinfahren?

Von öffentlichen Aufwallungen im Sinne eines Politikerkreuzzugs nach Kiew ging bislang nicht die Rede. Obwohl die Bilder der fußball- und siegestrunkenen Kanzlerin in diversen VIP-Logen auf peinliche Weise legendär sind, kann sich der gemeine Fußballfan das Spiel offenbar ganz locker auch ohne sie vorstellen; so wie es früher bei EM-Endrundenspielen eigentlich immer gewesen sein soll. Das Politikgeschäft kann eben sehr hart und undankbar sein.

Noch gar nicht erwähnt wurde bei alledem, dass Barroso, Gauck, Plewneliew oder wer auch immer sich nun wahrscheinlich alle in Polen werden austoben wollen. Wie denken unsere Menschen darüber? Vorsicht, man sollte den Mitleidsfaktor auch da nicht allzu hoch ansetzen. Egal – nach Polen müssen sie nun, alle, selbst jene, die niemals in die Ukraine wollten. Sonst kommt es am Ende noch dahin, dass Fußball- oder Großereignisse anderer Religionsgemeinschaften eines Tages auch ohne die Anwesenheit von Kanzlerinnen und Premiers für durchführbar gelten. Kann dieser politische Irrweg noch verhindert werden?

## Notwendig oder nicht?

Von Fabian Lambeck

Die Zahl beeindruckt: Mehr als 15 Millionen chirurgische Eingriffe wurden 2011 in deutschen Krankenhäusern vorgenommen. Dies Trend scheint eine logische Folge der demografischen Entwicklung. Schließlich altert die Gesellschaft zusehends – auch weil sich die durchschnittliche Lebenserwartung erhöht hat. Nun will die Bundesregierung die 2000 deutschen Krankenhäuser dazu zwingen, die Zahl der Operationen zurückzuführen. Angeblich würden die Ärzte dort viele unnötige Eingriffe vornehmen, die sie dann den Kassen in Rechnung stellten. Fakt ist: Der zunehmende Ökonomisierungsdruck trifft private, gemeinnützige und kommunale Krankenhäuser gleichermaßen. Da schien es lange Zeit verlockend, durch eine Steigerung der chirurgischen Eingriffe an zusätzliches Geld zu kommen. Erst recht, wenn der Investor einer privatisierten Klinik oder Krankhausgesellschaft eine Rendite von mindestens zehn Prozent erwartet.

Doch der bereits 2011 eingeschlagene Weg birgt eine große Gefahr: Wenn sich die Frage nach der Notwendigkeit einer OP stellt, dann kommt zwangsläufig das Alter des Patienten ins Spiel. Und so könnte wahr werden, was viele schon jetzt befürchten: Aus Angst vor dem Ab-schlag verweigert man 85-Jährigen das neue Hüftgelenk.

## Warum nicht gleiches Maß für alle?

Zu »Scharfer Konter aus Kiew« (nd vom 2.5., S. 1)  
Wenn kritische Worte an die Regierung der Ukraine zu dem angeblichen unmenschlichen Verhalten gegen die wegen Steuerhinterziehung verurteilte und jetzt sehr kranke Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko berechtigt sind, schließe ich mich diesem Protest an!

Aber warum gerade jetzt ein Sportboykott der Fußball-Europameisterschaft, wo doch gemeinsames Wirken von staatlicher Stelle und Kirchenvertretern viel eher notwendig und Erfolg versprechend wäre?

Mir ist auch unklar, mit welchem Recht eine Verurteilte aus dem Gefängnis im Ausland ärztlich behandelt und dabei eine Sonderstellung gegenüber anderen Gefängnisinsassen erhalten soll.

Die gegenwärtige Situation um Frau Timoschenko wird doch sehr hochge-spielt, wenn ich bedenke, dass gegen die seit 29 Jahren verfügte lebenslange Haft (vorher Todesstrafe) von Mumia Abu-Jamal, der noch dazu unschuldig ist, weil sich der wahre Mörder gestellt hat, kein ähnlicher Protest gegen die USA spürbar wurde!

Hermann Thomas  
01723 Wilsdruff

## Berliner müssen mehr bezahlen

Zu »Mobilitätsarmut in Rot-Grün«

(nd vom 3.5., Wahlbeilage)  
Es sind 22,78 €, die für Mobilität im Hartz-IV-Regel-satz vorgesehen sind. In Berlin kostet das diskriminierende S-Ticket 33,50 €, und es hat eine geringere Reichweite als in NRW. Früher gab es wegen der permanenten S-Bahn-Ausfälle wenigstens einen Monat

zum halben Tarif. Diese Entschädigung hat sich der neue Senat gespart.

Eva Willig  
Berlin

## Falsche Fährte

Zu »Schreiender Preis«

(nd vom 4.5., S. 13)  
Ausgerechnet das »nd« verschweigt die Provenienz des Bildes und legt sogar noch eine falsche Fährte: Nach allem, was andere Medien berichten, hat Herr Olsen das Bild nicht von Munch »vor mehr als 70 Jahren« gekauft, sondern nach 1937 aus dem Notverkauf des jüdischen Berliner Bankier Hugo Simon.

Klaus Brake  
10707 Berlin

## Straßen ziehen Verkehr an

Zu »Kosten für Straße auf Rügen explodieren« (nd vom 2.5., S. 16)

Hier bewahrheitet sich wie-

der der alte Spruch: Mehr und bessere Straßen ziehen Verkehr an, der dann wieder mehr und bessere Straßen erfordert. Zwei Drittel der Inselbevölkerung wollen offenbar die Blechlawine auf ihrer Insel haben. Sollen sie! Ich jedenfalls bin froh, Rügen noch als die beschauliche, stille, romantische Insel zu kennen, die sie einmal war.

Harald Kulhanek  
Chorin

## Es ist eine Schande!

Zu »Krankenkassen gegen unnötiges Operieren« (nd vom 4.5., S. 6)

Die Koalition plant also eine OP-Bremse. Da bestimmen jetzt also die Politiker, wer operiert werden darf oder nicht. Das sollte doch den Ärzten vorbehalten sein, da hat sich keine Partei einzumischen! Auch nicht die jetzige Regierung, die haben schon genug Unheil mit der Gesundheits-

reform angerichtet hat. Der Raubbau an der Gesundheit der Menschen geht weiter.

Die das zu verantworten haben, werden anstandslos von den besten Chirurgen operiert, ohne Wenn und Aber. Es ist eben so: Wir leben in einem Staat, der die Reichen besonders pflegt. Es ist eine Schande mit anseh-nen zu müssen, wie der Staat sich weiter in ein Sumpffloch verwandelt.

Peter Klapproth  
Schwedt

## Ein Feindbild wird immer gebraucht

Zu »Die große Reinigung«

(nd vom 28./29.4., W 6)  
Der Autor hat sinnvoll dargestellt, dass es die deutsche Einheit nicht gibt, sondern die Rache von Chaoten und Zerstörern ist. Eine Selbstreinigung stünde diesem Personenkreis besser zu Gesicht als die Reinigung von der DDR-Vergan-

genheit. Die kalten Krieger haben so viele Fehler begangen, dass sie von der breiten Öffentlichkeit immer mehr gemieden werden. An einem Zusammenwachsen ist man nicht interessiert, weil das den Reingern und ihrer Auftraggeber widerspricht. Solange sich die Menschen gegenseitig feind sind, sehen sich die Politiker nicht gefordert, eine andere Politik zu machen. Das System braucht immer ein Feindbild, um sich selbst am Leben zu erhalten.

Joachim Langner  
10319 Berlin

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor. E-Mails können nur bei Angabe des vollständigen Namens und des Wohnortes berücksichtigt werden.



Zeichnung: Christiane Pfohlmann

## In eigener Sache

## Bald ist wieder Pressefest

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Aufruf an Sie, uns bei der Finanzierung des diesjährigen Pressefestes am 16. und 17. Juni in der Berliner Kulturbrauerei zu unterstützen, ist auf eine gute Resonanz gestoßen. Ein großer Dank geht an alle, die bisher auf unser Unterstützerkonto eingezahlt haben.

Für diejenigen, die uns in dieser Frage ebenfalls noch helfen wollen: Unter dem Kennwort »Pressefest« kann nach wie vor auf das Konto eingezahlt werden:

nd-Unterstützerkonto  
Berliner Bank AG  
Kto.-Nr. 52 59 50 204  
BLZ 100 708 48  
Kennwort: Pressefest

Auch wenn wir zusammen mit unseren Partnern vom Fest der Linken – der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Linkspartei und ihren Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament sowie dem Kommunikationsunternehmen MediaService – noch fleißig dabei sind, das Programm fertig zu stricken, so viel kann schon verraten werden: Es wird wie in den Vorjahren ein buntes, erlebnisreiches Fest mit vielen spannenden Gesprächsrunden, interessanten und unterhaltsamen Kulturangeboten. Die Themenpalette der Podiumsdiskussionen auf den beiden großen Bühnen und im

Palais der Kulturbrauerei reicht von den großen Fragen von Krieg und Frieden, insbesondere der Situation im Nahen und Mittleren Osten, über das krisengeschüttelte Europa, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bis hin zu den Fragen des Erhalts von bezahlbarem Wohnraum in Berlin und anderswo.

Der Sport wird ebenfalls nicht zu kurz kommen. Schließlich stehen nach der Fußball-Europameisterschaft, die während unse-



nd-Foto: Wolfgang Frotscher

res Festes bereits auf Hochtouren läuft, die Olympischen Spiele in London vor der Tür. Viel Musik und Wortkunst gehören natürlich auch zu unserem Fest und die Literaturfreunde können sich wieder auf ein reichhaltiges Angebot freuen.

Das wichtigste aber: »nd« wird sich wieder als »Zeitung zum An-fassen« präsentieren. Es gibt ausreichend Gelegenheit, sich mit einer Vielzahl von Initiativen, Organisationen und politischen Angeboten bekannt zu machen. Als Zeitung werden wir auf dem Fest na-

türlich auch die Werbetrommel für unser neues Abo-Angebot rühren – das »Familien-Abo«: Mit dieser preisgünstigen Variante ist es allen unseren Leserinnen und Lesern möglich, zum Beispiel in Ausbildung oder Studium befindlichen Kindern, Enkeln und Familienmitgliedern eine Tageszeitung zukommen zu lassen. Unser »Familien-Abo« kostet monatlich 18,50 Euro.

Nutzen Sie diese Aboform. Sie eignet sich auch als Geschenkgutschein zum Beispiel für einen Geburtstag. Unterstützen Sie Ihren Nachwuchs dabei, sich mit dem »nd« kontinuierlich über Politik, Gesellschaft, Weltgeschehen, Kultur und Sport auf dem Laufenden zu halten. »nd« braucht Solidarität, für unsere Zeitung und für die jüngere Generation. Denn eines ist klar: Ein neues deutschland, ob groß oder klein geschrieben, wächst nur mit beständiger Aufklärung und nur von unten.

Den Abo-Verlusten, die wir wie jede Zeitung ständig haben, stehen in diesem Jahr bislang 900 Neuabonnenten gegenüber – da ist also noch einiges zu tun. Erfreulich für uns ist aber, dass sich seit Januar über 5000 Probeabonnenten mit dem »nd« bekannt gemacht haben.

Mit herzlichem Gruß:  
Olaf Koppe, Geschäftsführer  
Jürgen Reents, Chefredakteur

## Person

## Politisch

Peter Ohlendorf

Der Freiburger Regisseur erhielt gestern den Alternativen Medienpreis.



nd-Screenshot:  
www.zdf.de

Für den investigativen Dokumentarfilm »Blut muss fließen« erhielt der Freiburger Regisseur Peter Ohlendorf gestern in Nürnberg den Alternativen Medienpreis in der Sparte Video. Der Film über die rechtsextreme Musikszene wurde bei der Berlinale im Februar einem breiten Publikum vorgestellt. Sechs Jahre lang war der Journalist Thomas Kuban – ein Pseudonym zum Schutz des Protagonisten – in der rechtsextremen Musikszene in ganz Europa unterwegs. Seit mehr als 25 Jahren beschäftigt sich der 59-Jährige, der sich selbst als »politischen Filmemacher« bezeichnet, mit ökologischen, entwicklungs- und gesellschaftspolitischen Themen. Nach dem Studium an der Deutschen Journalistenschule in München folgten Stationen bei öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und Fernsehsendern, doch die Unzufriedenheit mit diesem System war Anlass, selbst als Produzent zu arbeiten.

Mit rund 40 verdeckt aufgezeichneten Konzerten gelang mit »Blut muss fließen« eine intensive Dokumentation. Ein Lied der Gruppe »Tonstörung« gab dem Projekt seinen Titel. Die Zeilen »Blut muss fließen knüppelgaldick, wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik ...« werden bei Konzerten skandiert.

Die Jury des Alternativen Medienpreises empfand das Ergebnis der Recherchen als »schockierend«, und Laudator Peter Welchering beklagte, dass »bei uns rechtsterroristische Vereinigungen banalisiert und rechtsnationale Gesinnung zur Normalität wird«. Mit dem Preis solle eine Alternative zu den verarmenden Mainstream-Medien ausgezeichnet werden. Das freut Peter Ohlendorf, der das Desinteresse der Stellen kritisiert, die einen derart brisanten Film eigentlich finanzieren müssten. »Blut muss fließen« ist als »notgedrungen« selbstfinanzierte Produktion auch der Start für Ohlendorfs Vermarktungslabel »FilmFaktum«. Für den Film hat sich Ohlendorf mit knapp 200 000 Euro verschuldet. Auf der Homepage findet sich der bezeichnende Hinweis »Es gibt viel Applaus für den Film, aber immer noch kein Geld zur Refinanzierung.« Immerhin kamen jetzt 500 Euro Preisgeld dazu. Christoph Nitz

## Ihre Meinung

## Zitat

»Petrus ist ein Metall«

Stefan Kademann,  
Zwickau IG-Metall-Bevollmächtigter, kommentierte auf einer Kundgebung vor 3500 Metallern das sonnige Wetter.